

Gastkommentar

Die vierte Ohnmacht?

«Unser kleines Fürstentum macht eine kuriose Ausnahme von allen Herren Ländern ringsherum, wo überall Zeitungen und Blättchen herumfliegen wie ägyptische Heuschreckenschwärme ... Aber eine Zeitung ist nun einmal Mode.» So beschrieb im Jahr 1876 Hofkaplan Johannes Fetz – mit etwas Selbstkepsis – in der ersten Ausgabe des «Volksblatts» die Beweggründe für eine Zeitung in Liechtenstein. Zeitungen haben sich jedoch als mehr nur eine Mode erwiesen. Medien sind eine wichtige Stütze einer funktionierenden Demokratie.

Bis vor mehr als zwei Jahren war der winzige Medienmarkt Liechtenstein, trotz aller Mängel, mit zwei Tageszeitungen, einem öffentlich-rechtlichen Radio, einem Fernsehkanal und weiteren Print- und Onlinemedien gut versorgt. Seit der vergangenen Woche sind mit dem Niedergang des «Volksblatts» und von Radio Liechtenstein zwei der drei grossen tagesaktuellen Medien verschwunden. Das «Vaterland» bemüht sich darum, eine Forumszeitung zu sein, die VU ist aber immer noch die Eigentümerin der Tageszeitung. Die FBP hat bereits angekündigt, sie könne sich bei ihrer Kommunikation nicht mehr auf die Massenmedien stützen, denn es gebe diese praktisch nicht mehr. Im Koalitionsvertrag sprechen die beiden Parteien gleichwohl davon, ein mediales Service-Public-Angebot zur Verfügung stellen zu wollen. Die Medienförderung für Medienunternehmen ohne öffentlichen Leistungsauftrag wurde Ende vergangenen Jahres angepasst. Diese muss sich erst noch bewähren. Bisher wurden viele Probleme mit Fördermitteln zugedeckt, ohne die erhoffte Wirkung zu haben.

Verlässliche und relevante Informationen sind der Nährboden der Demokratie. Die gegenwärtige Diskussion um eine Medienpolitik spiegelt diese Bedeutung nicht. Vielmehr stehen Schuldzuweisungen und Vorschläge im Vordergrund, die häufig nicht auf einer Analyse der grundlegenden Probleme beruhen. Neben der Kleinheit des Medienmarktes stehen die traditionellen Medien vor der Herausforderung der Digitalisierung, was eine veränderte Medienproduktion, Nutzung und eine Verschiebung der Werbeeinnahmen mit sich bringt. Gleichzeitig ermöglicht die Digitalisierung auch Chancen. Medienpolitik sollte die Meinungsvielfalt und die Qualität des Journalismus technologie- und wettbewerbsneutral fördern und die Unabhängigkeit der Medien wahren. Dafür braucht es zunächst eine breite Diskussion ohne Scheuklappen über mögliche Fördermodelle und deren Vor- und Nachteile. Solche Modelle können von einem Medienhaus mit zwei konkurrierenden Redaktionen, der Förderung von Bürgerjournalismus, einer Konzessionslösung, Medien-Gutscheinen für die Bevölkerung bis hin zu einer nationalen Nachrichtenagentur reichen. Die Vorschläge müssen dann evaluiert werden. Liechtenstein könnte eine positive «kuriose Medien-Ausnahme» werden, wenn es denn nur will.

Hinweis: Zukunft.li arbeitet derzeit an einer Auslegeordnung möglicher Medienfördermodelle.



Gerald Hosp
Geschäftsführer
von Zukunft.li